

314 Seiten gegen die Bildungslücke

Die Schülerzahlen sind so tief wie noch nie. Eine Trendumkehr aber ist in Sicht, heisst es im neuesten «Bildungsbericht Schweiz». Er thematisiert rund 500 bildungspolitische Themen und räumt dabei so manches Vorurteil aus dem Weg.

CHRISTIAN KAMM

BERN. Seit die Lehrerausbildung auf der Hochschulstufe stattfindet, sei sie «verkopft» und der Praxisbezug verlorengegangen – so geht die Klage über die Pädagogischen Hochschulen im Land. Ein Vorurteil, wie die zweite Ausgabe des «Bildungsberichts Schweiz» jetzt zeigt. Richtig ist vielmehr, dass die Bedeutung der praktischen Ausbildung eher zugenommen hat. Die entsprechenden Vorgaben seien mit 20 bis 30 Prozent sogar expliziter formuliert als früher, heisst es im Bericht. Und sie würden auch eingehalten. Oder die oft gehörte Behauptung, die Wahrscheinlichkeit, auf Hochschulstufe zu studieren, werde gerade in der Schweiz besonders stark durch die soziale Herkunft beeinflusst. Richtig ist: Dieser Zusammenhang zeigt sich zwar in der Schweiz wie im Ausland. Er ist aber hierzulande kleiner als etwa in Italien, Spanien, Frankreich, Österreich oder Deutschland.

Gewichten muss die Politik

Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die illustrieren, wie der «Bildungsbericht Schweiz 2014» mit Vorurteilen aufräumt und auf über 300 Seiten zu (fast) allen bildungspolitischen Fragen eine Antwort weiss. Dazu bietet er Daten und Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung. Der Bericht enthält Befunde, will aber keine konkreten Handlungsanweisungen geben. «Zu gewichten und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen ist Sache der Politik», sagte Projektleiter Stefan C. Wolter an der Präsentation gestern in Bern. Wolter ist Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF).

Historischer Tiefstand

Mit Blick auf die Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft Schweiz sticht vor allem die demographische Entwicklung ins Auge: Noch nie gab es, gemessen an der Gesamtbevölkerung,



Das aktuelle Wissen über die Bildungslandschaft Schweiz zusammengefasst: Der zweite Bildungsbericht liegt vor.

Bild: ky/Lukas Lehmann

so wenige Schulkinder wie heute. Allerdings dürfte der historische Tiefstand bald von gestern sein. In der Vorschulstufe weist die Tendenz bereits wieder nach oben, die Primarschule wird folgen. Dort rechnet man bis 2021 mit einem Plus von 12 Prozent. Und auch auf der Sekundarstufe ist ab 2017 wieder mit einem Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen. Am prozentual stärksten in Basel-Stadt.

Maturaquote als Politikum

Ein heisses politisches Thema ist die Maturitätsquote, die im Bericht ebenfalls ausführlich erörtert wird. Grund: Der Unterschied zwischen den Kantonen ist gross. In Genf etwa besuchen weiter über 40 Prozent eines

Jahgangs das Gymnasium, in der Ostschweiz (St. Gallen, Thurgau, Aargau, Solothurn) sind es deutlich unter 20 Prozent. Dabei ist die Einschätzung dessen, was als «richtig» gilt, durchaus subjektiv: «Je höher die eigene kantonale Maturitätsquote ist, desto häufiger beurteilen die Befragten die schweizerische Quote als zu tief – und umgekehrt», zitierte Christoph Eymann, Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren, aus dem Bildungsbericht. Wolter folgerte, dass sich an der grossen Streuung künftig wohl kaum etwas ändern werde.

Dass das keineswegs zum persönlichen Schaden sein muss, zeigt dieser Befund: Jene Jugendlichen, die nach der Schule eine berufliche Grundausbildung

wählen, sind am zufriedensten mit ihrer Wahl.

Chancen versus Prestige

Apropos Lehrstellen: Aufgrund der demographischen Situation ist keine Knappheit in Sicht, obwohl zwischen 1985 und 2008 der Anteil an ausbildenden Betrieben von 23 auf 18,4 Prozent zurückgegangen ist. Kommt hinzu, dass bei einer repräsentativen Befragung die Mehrheit der Meinung war, dass man mit einer Berufsbildung gleich gute oder bessere Arbeitsmarktaussichten hat als mit einer Allgemeinbildung (Gymnasium, Universität). Wenn da die Sache mit dem Sozialprestige nicht wäre: Fast die Hälfte beurteilte das soziale Ansehen

nach einer Lehre tiefer als nach einem gymnasialen Abschluss, lediglich 10 Prozent halten es für höher.

Nur jeder Zweite wird ein Master

Die Matura im Sack verspricht noch kein erfolgreiches Studium. Im Gegenteil: «Das Universitätsystem ist eine Röhre mit vielen Löchern», sagte Wolter. 94 Prozent der Maturanden beginnen zwar ein Hochschulstudium, aber nur 50 Prozent eines Maturajahrgangs bringen es bis zum Master. Nur knapp zwei Drittel üben dann auch eine Tätigkeit aus, die einen Uniabschluss erfordert. «Da gehen zu viele verloren», klagt Wolter. Das sei eine zu schmale Basis für den Forschungsstandort Schweiz.

Befragt

Entscheidend ist, was vermittelt wird



Christoph Eymann
Regierungsrat (BS), Präsident der Erziehungsdirektoren

Der neueste Bildungsbericht ist 314 Seiten dick und bietet nicht weniger als 277 Grafiken. Was aber hat die einzelne Lehrkraft an der Front davon?
Das kommt auf das Interesse der Lehrkraft an. Aber es stimmt schon: Wir müssen aufpassen, denn wir haben jetzt Zahlen und Statistiken – aber am Ende des Tages ist es entscheidend, was der Lehrer oder die Lehrerin den Kindern in der Schulstube vermittelt. Für die ist der direkte Nutzen wahrscheinlich ein kleiner.

Wer profitiert denn?

Der Bildungsbericht kann in erster Linie eine Bestätigung dafür sein, dass man im allgemeinen gut unterwegs ist. Das darf er auch sein. Gleichzeitig ist es jetzt Aufgabe der Bildungspolitik, Erkenntnisse aus diesem Bericht zu gewinnen. Die werden dann auch wieder ihren Niederschlag in der Schulstube finden.

Bei der Maturitätsquote bestehen grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Zu grosse?

Es gibt keine entsprechenden Beschlüsse der Erziehungsdirektorenkonferenz. Aber die Diskussion darf sein. Ich wäre gegen eine schweizweite Quote. Was man verhindern muss, sind Zustände wie in anderen Ländern mit einer Maturaquote von 85 Prozent. Dafür findet man keinen vernünftigen Spengler mehr. (ck)

Terrorismusbekämpfung in der Luft verstärken

BERN. Die Verkehrskommission des Nationalrats will das Übereinkommen von Peking ratifizieren, das der Terrorismusbekämpfung in der Luftfahrt dient. Sie hat sich ohne Gegenstimme für die Vorlage ausgesprochen, wie die Parlamentsdienste mitteilen. Das Übereinkommen verschärft die internationalen Strafbestimmungen in der Zivilluftfahrt. So wird der widerrechtliche Transport gewisser gefährlicher Waren und flüchtiger Terroristen mit zivilen Luftfahrzeugen unter Strafe gestellt. Für Passagiere ändert sich mit dem Abkommen nichts. (sda)

Für schärfere Aufsicht über Krankenkassen

BERN. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Ständerats spricht sich für eine schärfere Aufsicht über die Krankenversicherer aus. Sie empfiehlt der kleinen Kammer, dem Aufsichtsgesetz des Bundesrats zuzustimmen. Damit nimmt die ständerätliche Kommission eine andere Position ein als der Nationalrat. Dieser hatte sich in der Wintersession dafür ausgesprochen, das Aufsichtsgesetz an den Bundesrat zurückzuschicken. (sda)

Entwicklungshilfe: Schweiz soll öfter Lead übernehmen

BERN. Die Schweiz erhält für ihre Entwicklungszusammenarbeit gute Noten von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Gleichzeitig wird der Bund ermuntert, sein Engagement zu verstärken und global vermehrt eine Leaderrolle einzunehmen.

Der Vorsitzende des OECD-Entwicklungsausschusses, Erik Solheim, würdigte am Dienstag an einer Medienkonferenz in Bern die Fortschritte der Schweiz seit dem letzten Länderexamen 2009. Die vom Parlament beschlossene Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2015 sei in Zeiten der internationalen Finanzkrise eine besondere Leistung. 2012 stellte die Schweiz rund 2,7 Milliarden Franken oder 0,45 Prozent des BNE an Entwicklungshilfegeldern bereit. Sie ist damit auf dem besten Weg, den Zielwert für 2015 zu erreichen.

Effiziente Zusammenarbeit

Die beiden Schweizer Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit, die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

(Deza) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), arbeiten gemäss Solheim effizient zusammen. Dies hätten Feldbesuche der OECD in Kirgisistan und Burkina Faso gezeigt. Solheim ermunterte die Schweiz, sich bei der Entwicklungshilfe noch stärker zu engagieren. «Die Schweiz ist aufgrund ihrer breiten Erfahrung gut aufgestellt, um eine prominentere Führungsrolle in der internationalen Zusammenarbeit zu übernehmen», sagte der Norweger.

Das grosse Aber

Gleichzeitig erkennt die in Paris ansässige Organisation Handlungsbedarf, was unterschiedliche Ziele der Schweiz zwischen entwicklungspolitischen Anliegen und anderen Politikbereichen wie Migrations-, Agrar- oder Umweltpolitik betrifft. Der Bericht empfiehlt, dass die Schweiz die Auswirkungen ihrer nationalen und internationalen Politik auf die Entwicklungsländer systematisch prüft. Diese Kritik teilt Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. (sda)

Rehabilitation für administrativ Versorgte

BERN. Das Unrecht, das Opfern fürsorgerischer Massnahmen bis in die 80er-Jahre widerfahren ist, soll gesetzlich anerkannt werden. Nach dem Nationalrat stimmte auch die Rechtskommission des Ständerats einem entsprechenden Entwurf zu.

Es rehabilitiert sogenannte administrativ Versorgte, die wegen «Arbeitsscheu», «lasterhaften Lebenswandels» oder «Liederlichkeit» ohne Gerichtsurteil weggesperrt worden waren. Die Rechtskommission fällte den Entscheid am Montag einstimmig, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten.

Grosses Unrecht

Sie anerkenne, dass den Betroffenen «groses Unrecht» widerfahren sei. Der Bund solle das Unrecht als solches anerkennen und einen Beitrag zur moralischen Wiedergutmachung leisten.

Zur Linderung der finanziellen Not der Opfer soll ein Soforthilfefonds geschaffen werden, wie das Bundesamt für Justiz bereits Ende Januar in einer Medienmitteilung geschrieben hatte. Dieser soll gemäss Vorschlag des runden Tisches für Betroffene

mit fünf Millionen Franken aus Lotteriegeldern gespeist werden.

St. Galler Initiative

Diesen Vorschlag habe die Rechtskommission nicht diskutiert, sagte Kommissionspräsident Stefan Engler (CVP/GR). Sie sei darüber informiert worden, habe aber keine Entscheidungskompetenz. Der Nationalrat hatte das Gesetz im Dezember mit 142 zu 45 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Die Gesetzesänderung geht auf eine Initiative des St. Galler Ständerats Paul Rechsteiner (SP), damals noch Nationalrat, zurück. Rechsteiner hatte bereits 2011 die Anerkennung des Unrechts gegenüber administrativ Versorgter gefordert. (sda)



Stefan Engler
Ständerat (CVP/GR)

Bild: ky

Post soll fremde Karten annehmen

BERN. Für Dienstleistungen der Post soll nicht nur mit der Postcard, sondern auch mit Mastercard oder anderem Plastikgeld bezahlt werden können. Die Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrats hat die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Post eine Lösung auszuarbeiten. Eine solche muss technisch einfach zu realisieren und für die Post wirtschaftlich tragbar sein. Wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten, hat KVF noch weitere Bedingungen definiert, unter welchen Drittkarten von der Post akzeptiert werden sollen.

Den Anstoss für die Arbeiten gab eine parlamentarische Initiative von Andrea Caroni (FDP/AR). Er verlangt, dass die Post ihren Kunden erlaubt, ihre Dienstleistungen auch mit Drittkarten zu zahlen. Akzeptiert werden sollen alle in der Schweiz gängigen Debit- und Kreditkarten, falls deren Herausgeber ihr marktübliche Preise und Bedingungen anbieten. Dass die Post an ihren rund 3000 Zugangspunkten nur die Postcard akzeptiert, ist für Caroni angesichts des Teilmonopols der Post im Briefmarkt nicht haltbar. (sda)